

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 M., durch die Post  
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis  
10 Pf. pro dreizehnpaltene  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 76.

Freitag, den 21. September

1894.

### Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 fgd. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate August dtes. Js. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate September dtes. Js. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfourage beträgt

7 M. 94 Pf. für 50 Rilo Hafer,  
4 " 9,5 " " 50 " Heu,  
2 " 25,7 " " 50 " Stroh.

Meissen, am 17. September 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Schroeter.

Von dem Königl. Ministerium der Justiz sind vom 1. Oktober dieses Jahres ab anderweit auf die Dauer von drei Jahren, somit bis Ende September 1897 für den Bezirk

Wilsdruff:

Herr Stadtrath Heinrich Leberecht **Funk** hier,

**Limbach** mit Rittergut und **Birkenhain**:

Herr Rittergutsbesitzer Georg **Andrä** in Limbach,

**Blankenstein** und **Helbigsdorf**:

Herr Gemeindevorstand Eduard **Birkner** in Blankenstein,

**Grumbach**:

Herr Gutsbesitzer Robert **Müller** in Grumbach,

**Herzogswalde** mit **Landberg**:

Herr Gutsbesitzer Reinhold **Schoche** in Herzogswalde,

**Kesselsdorf**, **Steinbach** mit den Drehhäusern und **Kaufbach**:

Herr Ortsrichter Moriz **Henker** in Kesselsdorf,

**Klipphausen** mit Rittergut, **Kneipe** und **Sachsdorf**:

Herr Gutsbesitzer Oswald **Serlach** in Sachsdorf,

**Neufkirchen** mit neuem Anbau, **Fasanenhäusern**, sowie Rittergut **Neufkirchen**, **Steinbach** bei Mohorn mit Rittergut **Steinbach**:

Herr Gutsbesitzer Oswald **Kirbach** in Neufkirchen,

**Sora**, **Campersdorf** und **Cohen**:

Herr Gemeindevorstand Robert **Kästner** in Sora,

**Wildberg** mit Rittergut, **Niederwartha** und **Gruna**:

Herr Gutsbesitzer Hermann **Scheile** in Wildberg,

**Röhrsdorf**:

Herr Amtslandrichter Ernst **Siehm** in Röhrsdorf,

**Rothschönberg** mit Berne und Rittergut **Rothschönberg**:

Herr herrschaftl. Pfister Ernst **Rost** in Rothschönberg,

**Schmiedewalde**, **Groißsch** mit Rittergut:

Herr Gutsbesitzer Oswald **Eppert** in Schmiedewalde,

**Burkhardtswalde**, **Munzig** mit Rittergut:

Herr Gutsbesitzer Karl Heinrich **Obendorfer** in Burkhardtswalde,

**Altanneberg** mit Rittergut und **Neutanneberg**:

Herr Rittergutsbesitzer Wolf Caspar von **Schönberg-Pötting** auf Tanneberg,

**Weistropf** mit Rittergut, **Hühndorf** und **Kleinschönberg**:

Herr Pastor Dr. **Schönberg** in Weistropf und

**Unkersdorf** mit **Koisch**:

Herr Gutsbesitzer August **Jeiner** in Unkersdorf

zu Friedensrichtern ernannt worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniz gebracht wird.

Königliches Amtsgericht Wilsdruff, am 17. September 1894.

Dr. Gangloff.

### Zur Lage.

Am Sonnabend hat nach längerer Unterbrechung wieder eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums stattgefunden, und zwar unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg. Von den leitenden Staatsmännern ist nur der Reichskanzler noch abwesend. Man wird erwarten dürfen, daß jetzt die Vorbereitungen für die Reichstagsession einen regeren Gang annehmen und damit wichtige, noch ungeklärte politische Fragen ihrer Entscheidung, soweit die Regierung in Betracht kommt, entgegengehen. Einstweilen herrscht namentlich über die Frage des gesetzlichen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie und den Anarchismus noch völlige Ungewißheit. Der Reichskanzler lehnt es ab, Mitteilungen über seine Stellung zur Sache zu geben, da die Entscheidung über diese Fragen nicht ihm allein obliegt und er über die Stimmung im Bundesrathe und in anderen gleichfalls darüber zu vernehmenden Kreisen noch nicht hinreichend informiert ist. Aus der Königsberger Kaiserrede ist vorläufig nur der Gedanke eines Kleinkrieges der auf dem Boden der heutigen staatlichen Ordnung stehenden Gesellschaft gegen die Mächte des Umsturzes als Kern herausgeholt worden. Es ist vollständig richtig, daß einer großen gesetzgeberischen Aktion ein Kleinkrieg der Gesellschaft in ihren tausend und aber tausend Organisationen zur Seite geben müßte, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Aber einen solchen Kleinkrieg zu inszenieren und in Gang zu erhalten, ist außerordentlich schwer. Die Geschichte weist bekanntlich im Anfang unseres Jahrhunderts verschiedene Fälle erfolgreichen Kleinkrieges auf; immer aber handelte es sich um ein begeistertes, ja fanatisirtes Volk, das mit verzehrender Leidenschaft um die höchsten und heiligsten Güter seines Volksthumes kämpfte. Die heutige Ge-

ellschaft gleicht aber allem eher, als einem solchen Volke, ist aber zu allem eher fähig, als zu einer solchen Begeisterung für einen langen, opfervollen Kampf. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte sehr Recht, als sie schrieb, es handle sich darum, die sozialrevolutionäre Partei auf keinem Punkte unseres öffentlichen Lebens, weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem, noch auf gesellschaftlichem Gebiete Terrain gewinnen und in ein Machtgefühl hineinwachsen zu lassen. Leider aber vermögen wir uns nicht der Hoffnung hinzugeben, daß diese Wahrheit überall da vollinhaltlich begriffen werden wird, wo es vor allen Dingen nothwendig, namentlich dann nicht, wenn der einfache Bürger täglich erleben muß, daß die wildesten Agitationen und die gräßlichsten Schmähungen alles dessen, was ihm werth und heilig ist, strafflos bleiben können, falls nur gewisse Formen klüglich gewahrt werden. Es ist ja in hohem Maße anzuerkennen, daß unsere sächsischen Behörden thun, was in ihren Kräften steht, um die Handhaben, welche ihnen die Gesetzgebung bietet, zur Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr zu benutzen. So hat z. B. die Amtshauptmannschaft zu Zwickau kürzlich eine den Bopstottunflug betreffende Verordnung erlassen, dahin gehend, daß in Strafe verfällt, wer geschäftlichen Nachtheil androht, falls ein Gewerbebetrieb nicht zur Unterstützung gewisser politischer Bestrebungen hergegeben wird oder wer öffentlich auffordert, nur solche Gewerbebetriebe in Nahrung zu setzen, die als den Ansprüchen einer bestimmten Partei genügend bekannt gemacht worden sind. Es ist dieses Vorgehen der sächsischen Behörden wie gesagt, höchst anerkennenswerth, aber erstens fragt es sich, welche Stellung die verschiedenen Instanzen der Gerichte hierzu einnehmen werden, und zweitens müssen wir uns immer vergegenwärtigen, daß Sachsen nicht Deutschland ist. Namentlich in unserem großen

Nachbarstaate Preußen denkt man zur Zeit noch gar nicht daran, in dieser Weise vorzugehen und wir müssen auch den dortigen Behörden insoweit beipflichten, als eine klarere und bestimmtere Fassung der einschlägigen Gesetzesparagraphe durchaus vonnöthen ist, denn dem frischen Wagemuth der Verwaltungsbefehlshaber kann durch eine Niederlage vor Gericht rasch ein bedauerliches Ende bereitet werden. Leider sind im Reichstage die Chancen für eine einmüthige Stellungnahme der antirevolutionären Parteien in dieser wichtigen Frage noch äußerst ungünstig. Die Nationalliberalen sind aus den letzten Wahlen sehr geschwächt hervorgegangen und der großen konservativen Partei ist auf dem Livoli-Parteitage vom 8. Dezember 1892 das Grab gegraben worden. Sie befindet sich unteufbar in der Zerfegung; die gemäßigten, hauptsächlich aus dem gebildeten Mittelstande stammenden Elemente, sondern sich mehr und mehr von dem die agrarischen Interessen mit zu großer Ausschließlichkeit pflegenden Junkertum ab, sie treten vorderhand, da sie zur Zeit nichts auszurichten vermögen, in den Hintergrund und überlassen den anderen bis auf weiteres das Parteiregiment, um sich in späterer, gelegenerer Zeit wieder zu sammeln und vielleicht eine neue Gruppe zu bilden. In diesem Zustande ist die Partei zu einer großen Aktion unfähig und die jüngste Kaiserrede wird daran kaum etwas zu ändern vermögen. Die Worte, die Kaiser Wilhelm in Königsberg gesprochen hat, sind wie Goldbarren, die man ausprägen muß, sagt der „Reichsbote“ zutreffend. Es ist traurig, wenn die konservative Partei diesen großen Moment, wie er so günstig kaum jemals bagewesen ist, wo der Kaiser ihr die Führung der öffentlichen Meinung in einer großen im konservativen Geiste gedachten Reformpolitik anbietet, ungenutzt vorübergehen, verhallen und verpuffen läßt, aber die Dinge liegen nun einmal so. Die sogenannten Konservativen